

## Impulse für eine angeschlagene Demokratie

Rede zum Demokratie-Impuls 2024 der Stadt Kassel

von **Andreas Zick**

Die Stadt Kassel kann sehr stolz auf ihren Demokratiepreis 2024 für das Medienhaus CORRECTIV und die Recherche zum Potsdamer Treffen sein. Es ist gut, dass sie in Kassel immer wieder diesen Impuls setzen. Die Demokratie braucht Impulse. Sie hat in den letzten Jahren Kratzer bekommen, an Vertrauen verloren und sie ist vom Rechtsextremismus und anderen „Ismen“ misshandelt worden. Mit den Siegen und Einzügen in die Parlamente, Rathäuser, Behörden, Schulen wie Wohnzimmern treffe ich immer mehr Rechtsradikale, die vorgeben, dass sie die Demokratie retten oder verteidigen würden. In unserer Mitte-Studie aus dem Jahr 2023 zeigt sich: Je mehr Befragte meinen, die Demokratie sei in einem erheblichen Maße gefährdet, desto stärker stimmen sie rechtsextremen und andere anti-demokratischen Einstellungen zu.<sup>1</sup> Seit je her versuchen jene, die die Demokratie angreifen, sie zu okkupieren, oder da wir in der Stadt der Gebrüder Grimm sind: Wölfe wissen, wie sie sich verstellen, an Schafspelze kommen und sie auch so tragen, dass sie wie harmlose Schafe erscheinen.

Die Demokratie braucht daher immer wieder neue Impulse, sie braucht Leben, sonst stirbt sie schleichend, langsam, Stück für Stück, insgeheim, unmerklich, ohne dass wir es unangenehm finden. Die Deutschen kennen das. In unserem letzten Konfliktmonitor vor drei Monaten meinten 20 Prozent: „*Die Demokratie in Deutschland ist am Ende.*“ Weitere 25 Prozent meinten, das stimme „teils-teils“. Die stärkste Zustimmung kommt von Nichtwählenden wie Anhängern der AfD, aber auch in allen anderen politischen und sozialen Gruppen gibt es Zustimmung.<sup>2</sup>

Es braucht Impulse, gerade in Momenten der Demokratieentleerung, wie es sich schon vor zweiundzwanzig Jahren in den Deutschen Zuständen gezeigt hatte.<sup>3</sup> Damals sahen wir in den Daten des Langzeitprojektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ auch, dass die

---

<sup>1</sup> <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

<sup>2</sup> [https://conflict-a.de/wp-content/uploads/2025/02/20250221\\_ConflictASpotlight1\\_Konfliktmonitor.pdf](https://conflict-a.de/wp-content/uploads/2025/02/20250221_ConflictASpotlight1_Konfliktmonitor.pdf)

<sup>3</sup> <https://www.suhrkamp.de/buch/deutsche-zustaende-t-9783518123324>

autoritär orientierten bürgerlichen Mittelschichten anti-demokratischen, menschenfeindlichen und aggressiven Ausgrenzungen wie politischer Gewalt zustimmten.<sup>4</sup>

Es braucht Impulse für produktive Unruhe und zivilgesellschaftliches Engagement. Es braucht kluge Gruppen, die sich nicht beirren lassen, die hinter die Gardinen schauen und sich schützend vor jene stellen, die herabgewürdigt werden. Demokratie braucht Impulse, gerade dann, wenn sich die Hoffnung in sie ausschleicht und damit Kräfte starkmacht, die bereits einen Plan in der Tasche haben, für die Zeit nach der Demokratie, oder wie sie in die Säle und Parlamente schreien: nach „der Diktatur der Eliten“. Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke hat das am 14. Oktober 2015 erfahren, als er in der Bürgerversammlung deutsche Werte ansprach.<sup>5</sup>

Es war und ist gut, dass CORRECTIV in diesem Jahr den Preis erhält. Geehrt wird mit dem Preis mehr als die Skandalgeschichte. Geehrt wird ein solider und guter Journalismus mit einem genialen Kommunikationskonzept, das wochenlang die Öffentlichkeit gestaltet und geprägt hat. Das wird die Jury im Blick gehabt haben.<sup>6</sup>

Es war und ist gut, dass CORRECTIV in diesem Jahr den Preis erhält, denn die Recherche und Enthüllung des Potsdamer Treffens war nicht nur ein Stück Demokratiejournalismus, sondern eine Mahngeschichte, die wir heute und morgen erinnern können. Es gab vorher Treffen, es wird weitere Treffen geben. Mittlerweile sind wir in einer Gegenwart angekommen, in der der rechte Mainstream über die Politik in die Parlamente eingedrungen ist, so stark wie nie zuvor. Es ist also gut, dass wir die Recherche heute noch einmal erinnern und danken dürfen. Dies auch, weil die Angriffe auf Redaktionen zunehmen. Alles nicht neu, wie wir schon vor Jahren in der Studie Hass auf Medienschaffende ermittelt haben, aber wohl in einer neuen Dimension.<sup>7</sup> Heute sind die Angriffe global vernetzt, international gut organisiert, und sie werden nun auch von Staaten orchestriert, die kritischen Journalismus bekämpfen und unmöglich machen.

---

<sup>4</sup> <https://www.suhrkamp.de/buch/deutsche-zustaende-t-9783518126165>

<sup>5</sup> <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-06/walter-luebcke-hass-hetze-bedrohungen-drohbriefe-rechtsextremismus>

<sup>6</sup> Siehe ganz aktuell dazu auch: <https://www.ardmediathek.de/video/masterplan-das-potsdamer-treffen-und-seine-folgen/masterplan-das-potsdamer-treffen-und-seine-folgen/ard/Y3JpZDovL25kci5kZS82Y2E3YmY2ZC05YTE5LTQ4NjktOWQxOS04MmlxYWNlYzAyNzlfZ2FuemVTZW5kdW5n>

<sup>7</sup> [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Studie\\_Hass\\_und\\_Angriffe\\_auf\\_Medienschaffende.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Studie_Hass_und_Angriffe_auf_Medienschaffende.pdf);  
<https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Studie-hatespeech.pdf>

## Und es geht um viel!

Erst das Medienstück hat Millionen von Menschen vor die Tür und auf die Straßen gebracht, Menschen aus unterschiedlichen Milieus, Unternehmen, Politik, Kirchen, Omas mit Opas, Enkel mit ihren Kindern, weil mit der sorgsam Veröffentlichen des Potsdamer Treffens vom 25. November 2023 im Januar des letzten Jahres, die Geschichte des Treffens auf einen Kippunkt der Gesellschaft traf.<sup>8</sup>

Dieser war zustande gekommen durch eine massive Gleichzeitigkeit von Polarisierungsfaktoren: (a) dem Aufschwung des Rechtspopulismus und -extremismus in Europa, (b) Montagsdemonstrationen, die die Sich-abgehängt-Fühlenden banden, (c) Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte mit so vielen Opfern wie in den 1990er Jahren nicht, (d) Folgen der Coronapandemie mit ihren vermeintlichen ‚Querdenkern‘, (e) vorbereitet und begleitet von Hasskampagnen im Netz und auf der Straße gegen das System, die Medien, die Eliten und was nicht ins rechte Weltbild passt, wie auch (d) ökonomischen Krisen, (e) - dem Krieg Russlands in der Ukraine und dem Befund, dass wir kein Friedenskonzept für Zeiten des Unfriedens haben. Anderes ließe sich ergänzen. Wahrscheinlich lassen sich weitere Ursachen, Einflussfaktoren und historische Entwicklungen hinzuaddieren, um den historischen und gesellschaftlichen Zustand verlässlich zu beschreiben, in dem die Enthüllung entstand.<sup>9</sup>

Wir hätte es ahnen können. Wir hätten uns darauf einstellen können. Wir haben es nicht. In weiten Kreisen gab es vielleicht die stille Hoffnung, es wird schon nicht so schlimm. Trügerische Hoffnungen brachte die Recherche zum Einsturz. Sie machte etwas für alle deutlich, was wir vielleicht in den Nischen der Forschung schon sagten: Sie sind bereit. Es gibt einen Plan nach Jahren der Zunahme und Neuorganisation rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte. Sie sind gut aufgestellt. Es ist wieder soweit. Das Bündnis extremistischer Kräfte und einer alten wie neurechten Mitte ist eng und der Plan von Österreich bis nach Sylt ist klar und führt in weiten Kreisen zum heißen Tanz: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus.“ Es ist bitter, diesen rechtsextremen Slogan der 90er hier zu wiederholen. Und das muss man sich vergegenwärtigen: Im Bundestagswahlkampf wird das extremistisch-neurechte Konzept „Remigration“ aus den 1990ern normalisiert durch eine

---

<sup>8</sup> <https://www.uni-konstanz.de/universitaet/aktuelles-und-medien/aktuelle-meldungen/aktuelles-1/protest-der-schweigenden-mehrheit/>

<sup>9</sup> vgl. auch: von Daniels, J., & Sachse, J. (2024). Kollaborativer Journalismus: Das Projekt Correctiv. Lokal. In *Investigativer Journalismus in Deutschland: Die spannendsten Stories-und der Weg ihrer Enthüllung* (pp. 171-178). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden./ Meints-Stender, W. (2024). Die Krise der Demokratie und die Anti-AfD-Demos. *GWP–Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 73(3), 259-266.

Kanzlerkandidatin, die wohl selbst getrieben und aufgeputscht war von einem Überbietungswettbewerb der Durchgreif- und Abschiebungsversprechen.

## **Die Enthüllung hat in Unruhe versetzt und manche auf die Beine gestellt**

Was CORRECTIV und die Geschichte uns allen vor Augen geführt haben, ist das, was Ruth Wodak als schamlose Normalisierung bezeichnet hat.<sup>10</sup> Und diese Normalisierung hat natürlich nicht mit der Entdeckung eingesetzt und mit der Aufdeckung wie den Protesten aufgehört. Die Normalisierungskräfte sind stark, über Jahre gewachsen, weil sie schleichend in eine gesellschaftliche Mitte eingedrungen sind, die mit Referenzen zur eigenen Not und Besitzstandswahrungsansprüchen - dazu neigt, *zu zweifeln* – vielleicht ist ja was dran, angesichts von „Solingen“, „Aschaffenburg“ und weiterer krimineller Straftaten von „den Fremden“ - *zu legitimieren* – die Migrationspolitik wurde immer schon von denen, die sie machten, selbst für gescheitert erklärt - – *und zu leugnen* – „Rassismusgerede“, all das ist wokes Zeug – in unserer Mitte-Studie aus dem Jahr 2020 meinte fast jede Fünfte Person: „Schwarze Menschen sind zu empfindlich, wenn von Rassismus in Deutschland die Rede ist“ (18 Prozent Zustimmung). Weitere 28,5 Prozent meinten, das stimme „teils-teils“, womit wir bei 46,5 Prozent direkter Zustimmung oder Ambivalenz lagen.<sup>11</sup>

## **Die Demokratie hat gewackelt, und in Teilen ist sie so zertrümmert worden, dass sich die Potsdamer Akteure was zugetraut haben**

Man mag mir Dystopie unterstellen, weil ich erst einmal auf destruktive Konfliktphänomene schaue, vor allem die Frage, wann radikale Einstellungen in politische Gewalt münden. Nun gut, ich suche bessere Botschaften, schließlich ist das hier eine Feier. Und schon Gefunden!

In unserer letzten Mitte-Studie stimmten 67 Prozent stimmen der Aussage zu: „*Wir müssen uns stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren.*“<sup>12</sup> Aber, es waren 5 Jahre vorher fast 75 Prozent, also 8 Prozent mehr. Auch das Demokratievertrauen ist mehrheitlich hoch: 57 Prozent stimmten der Aussage zu: „*Die deutsche Demokratie funktioniert im*

---

<sup>10</sup> Wodak, R. (2016). *Politik mit der Angst*. Satzweiss. com./Wodak, R. (2018). Vom Rand in die Mitte–„Schamlose Normalisierung“. *Politische Vierteljahresschrift*, 59(2), 323-335.

<sup>11</sup> <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2021/>

<sup>12</sup> Alle Ergebnisse zur Studie hier und im Buch: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

*Großen und Ganzen ganz gut.*“ Aber, es waren 5 Jahre vorher 65 Prozent. Wir haben im Jahr der CORRECTIV-Recherche auch den 75. Geburtstag des Grundgesetzes gefeiert. 87 Prozent meinten: „*In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.*“ Das ist viel, aber es waren 2018/19 fast 93 Prozent; es waren 6,4 Prozent weniger Zuspruch als 5 Jahre zuvor.

Ja, noch gibt es eine starke Demokratieorientierung, aber wir beobachten eben auch, wie gerade in Krisenzeiten viele Menschen auf die Idee kommen, man müsse angesichts der nationalen Not, Grundrechte auch partiell aussetzen können, um Sicherheit wiederherzustellen. Dass die Flucht in die Sicherheit mit einer autoritären Reaktion nach rechts einhergeht, hat der Sozialforscher Detlef Oesterreich schon vor 30 Jahren unter jungen Menschen festgestellt.<sup>13</sup> Angesichts der nun in vielen Studien gefundenen Öffnung der jungen Generation für rechtsradikales Gedankengut – *Jung und stark* – scheint der Generationenwechsel Rechtsaußen gelungen. Und auch das hat das Potsdamer Treffen gezeigt: Die junge Garde trifft sich mit den Alten bei edlen Getränken und Biokost aus regionalem Anbau.

## **Die Demokratie wird an ihren Wurzeln angegriffen**

Anti-demokratische und gewaltaffine Weltbilder in der Mitte der Gesellschaft finden Anklang, werden dort verharmlost und vertreten, und sie lassen die Demokratiebindung zum Lippenbekenntnis verkommen. Im Jahr des Potsdamer Treffens wiesen 8 Prozent in der Mitte Deutschlands nach unserer Mitte-Studie ein rechtsextremes Weltbild auf; 6 Prozent mehr als zuvor.<sup>14</sup> Das konstatieren wir nur dann, wenn Menschen achtzehn Aussagen eindeutig zustimmen: Beispiele: „*Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform*“; 7 Prozent Zustimmung, 19 Prozent meinten, dies stimme „teils – teils“. „*Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die*

---

<sup>13</sup> Oesterreich, D. (1999). Flucht in die Sicherheit: Ein neuer Ansatz und ein neues Maß zur autoritären Persönlichkeit. In *Sozialisation und Identitäten-Politische Kultur im Umbruch?* (pp. 289-302). APP-Agentur für Politische Psychologie; Deutscher Psychologen-Verlag.

<sup>14</sup> Die ARD bestätigte das mit anderen Daten: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-extra-afd-100.html>

*Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert*“; 24 Prozent Zustimmung, 19 Prozent teils-teils. *„Es gibt wertvolles und unwertes Leben“*; 12 Prozent Zustimmung, 12 Prozent meinen „teils-teils“. Und der Graubereich beim Rechtsextremismus wuchs auf 20 Prozent. Demokratie braucht keine Graubereiche, sondern lebt von der Mündigkeit, rechtsextreme und menschenfeindliche Meinungen und Handlungen abzulehnen. Das wissen die Opfer der Taten, die oft feststellen müssen, dass viele Menschen in der Gesellschaft Teils-Teils-Einstellungen vertreten und wegschauen.

Zugleich ist in Deutschland zu beobachten, wie stark neue ideologische Milieus ihre eigenen Parallelgesellschaften gebildet haben und die Radikalisierung und Normalisierung in Abschottungen gemündet sind. Im ARD-Deutschland-Trend vom Februar 2024 sind 66 Prozent der dort Befragten AfD-Anhänger der Meinung: *„Es ist mir egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht.“* „Ja, dann nennen wir es halt Re-Migration“.

### **Wir tun uns zu schwer damit, über politische Gewalt zu reden.**

Eine Demokratie ist besonders dann gefährdet, wenn das Gewaltmonopol wankt und politische Gewalt gebilligt wird. In der Mitte-Studie beobachten wir, dass 13 Prozent in der Mitte eine Billigung politischer Gewalt akzeptieren; 7 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor. Das Tabu bricht, die Barbarei zieht ein: *„Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr Haus ist.“* 17 Prozent Zustimmung, 19 Prozent „teils-teils“. *„Gewalt ist zu Erreichung politischer Ziele gerechtfertigt“*, 9 Prozent Zustimmung, 14 Prozent „teils-teils“. *„Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch schon mal in Gewalt umschlägt“*; 13 Prozent Zustimmung, 15 Prozent „teils-teils“.

Dabei ist die Billigung politischer Gewalt überall gestiegen, aber immer noch stärker bei Menschen, die rechtsradikal orientiert sind. In den Räumen, wo sich antidemokratische und rechtsextreme Strukturen verankern und organisieren können, ist die Billigung von Gewalt darüber hinaus statistisch überzufällig stärker ausgeprägt. Das heißt: Antidemokratische

Orientierungen werden strukturell. Wo die Gewaltorientierung Räume findet, bildet sie Traditionen. Sie kennen das hier aus der Region. Dies gelingt auch, weil zugleich Zivilcourage versiegt aufgrund von Normalisierungen in der Mitte. Daher sind wir gehalten, an Walther Lübcke, Halit Yozgat und viele andere zu erinnern.

## **Bigotterie hat den Blick verstellt**

Wie konnten wir ausblenden, dass sich in Krisenzeiten neue ideologische und antidemokratische Milieus bilden? Nicht erwarten, dass es dem Populismus und Extremismus leichter gelingen wird, das Misstrauen gegenüber der Demokratie in ein Systemmisstrauen umzumünzen? Nicht ahnen, dass es gelingt, Menschenfeindlichkeiten gegen andere und Andersdenkende mit völkischen Identitätsvorstellungen zu verbinden? In Krisenzeiten gelingt es Falschen Propheten, wie sie Leo Löwenthal und Norbert Guttermann in den 1930er Jahren schon bezeichnet haben, leichter, anderen Ohnmacht einzureden.<sup>15</sup> Sie öffnet für Verschwörungsmysmen, Populismus und ist Grundlage für die Bildung neuer ideologischer Bewegungen.

Wir haben empirisch mitten in der Corona-Pandemie beobachtet, wie sich neben rechtsextremistischen und -populistischen Weltansichten neue völkisch autoritär rebellische Orientierungen gebildet haben. Ihnen entspricht eine bürgerliche Demokratiedistanz, die sich selbst als Widerstand versteht, als eine Rebellion, gegen ‚die da oben und das System‘: *„Unser Land gleich inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie“*: 20 Prozent Zustimmung und 15 Prozent „teils-teils“. Oder: *„In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“*: 58 Prozent Zustimmung und 22 Prozent „teils-teils“. Da wundert es nicht, wenn 29 Prozent meinen: *„Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“* und auch hier 26 Prozent „teils-teils“ zustimmen.<sup>16</sup>

Wir beobachten zeitgleich eine Rücknahme des wichtigsten Kapitals, das Bürgerinnen und Bürger haben, um Institutionen der Demokratie zu stützen: das Vertrauen in Behörden,

---

<sup>15</sup> <https://www.suhrkamp.de/buch/leo-loewenthal-falsche-propheten-t-9783518587621>

<sup>16</sup> <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2021>

Gerichte, Universitäten und Medien. Nur noch jede zweite befragte Person in der Mitte-Studie hat ein klares Vertrauen in die Institutionen. Das Medienvertrauen wird ebenfalls zurückgenommen.

## **Die Falschen Propheten brauchen den Hass auf die von ihnen markierten Fremden**

10 Prozent sind nach Analysen der Mitte-Studie 2023 eindeutig antisemitisch, ein Drittel rassistisch, fast jede fünfte befragte Person klassizistisch und jede zehnte Person offen sexistisch eingestellt. Es verwundert mit dem Blick auf die Ressentiments nicht, wie rasant die vorurteilsbasierten Hasstaten angestiegen sind.<sup>17</sup> Und dies alles, obwohl es den Menschen, die wir zu ihren Krisenwahrnehmungen befragt haben, eigentlich persönlich nicht schlecht geht. 31 Prozent meinten in der Mitte-Studie, sie seien *persönlich* von den vielen Krisen betroffen. Das Gefühl steigt aber um 8 Prozent, wenn man fragt, wie das sei bei „*Menschen wie ihnen*“. Und fast jede zweite Person nimmt Krisen wahr, wenn wir fragen, ob *Deutschland* betroffen sei.

Viele, denen es nicht so schlecht geht, meinen, Deutschland ginge es aber schlecht, und dieser kollektive Reflex paart sich mit der Wut gegen das System und der Gewalt gegen jene, die als unpassend, nicht-Deutsch, abweichend, woke, links, nervend sind. Es ist keine persönliche Frustration, die zur Aggression führt, sondern ein organisierter und national getünchter Anspruch auf Vorherrschaft. Das mag das Potsdamer-Treffen auch motiviert haben. Und dabei können die Falschen Propheten auf die Bigotterie in der Mitte hoffen. In der Mitte-Studie 2023 meinte jede/jeder zweite Befragte: „*Der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet.*“ Alle Analysen dazu bestätigen: Je stärker der Zusammenhalt als gefährdet wahrgenommen wird, desto menschenfeindlicher, rechtsextremer und gewaltaffiner verhalten sich die scheinbar Gefährdeten.

Daher wird von Rechtsaußen immer wieder die Gefährdung markiert, hochgefahren und in die Massen gespült: Drohen, drohen, drohen und versprechen, den großen Plan zu realisieren: Deutschland, aber normal, ohne „die Fremden“. In den Drohritualen und

---

<sup>17</sup> <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

Heilsversprechen ist auch dank des Erfolgs bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen der Trumpismus<sup>18</sup> hier attraktiv geworden und wird in Ton und Symbolik kopiert.

Das ist getragen und wird aufrechterhalten durch kontinuierliche Missachtungen, die in Zuschreibungen falscher Identitäten und Leugnung von Zugehörigkeiten besteht.

Missachtungen, die Menschen mit Migrationsgeschichte täglich erfahren und die auch zu den Potsdamer Größenfantasien passt. In unserer Studie Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit (ZuGleich) aus dem Jahr 2020 gaben 25 Prozent der Menschen mit Migrationsgeschichte an, dass ihnen der *Zugang zu öffentlichen Lokalen* verwehrt sei. 37 Prozent meinten, dass Ihnen *der Zugang zu öffentlichen Plätzen und Bereichen erschwert* sei.<sup>19</sup> Solche oft verdeckten Missachtungserfahrungen werden selten im Rahmen von Faktoren demokratischer Resilienz diskutiert.

Als CORRECTIV mit der Recherche herauskam, sind viele Menschen, die nicht in das Schema des oder der Deutschen passen, ängstlich geworden. Sie sind nicht mit auf die Straße gegangen. Auch das wurde CORRECTIV vorgehalten, obgleich sie ihre Recherche mit großer Mühe in viele Sprachen übersetzt haben und Veranstaltungen an zig Orten angeboten haben; auch dorthin, wo andere nicht mehr sind. Dass CORRECTIV direkt Argwohn und kritische Fragen erhalten hat, war zu erwarten. Das Ausmaß, in dem Zweifel aus der Mitte heraus geschürt wurde, ist erst noch aufzuarbeiten. Am Rande gefragt: Sind wir eigentlich zufriedener und beruhigter, nachdem nun CORRECTIV selbst auf die kleine Anfrage der CDU-Fraktion so umfänglich geantwortet hat?

Viele derjenigen, die nach der Enthüllung auf die Straße gegangen sind, sich engagiert und vernetzt haben, sind ein Jahr später wieder auf die Straße gegangen, weil Repräsentanten jener, die in Potsdam Vertreibungs- und Konzentrationspläne geschmiedet haben, dem Zustrombegrenzungsgesetz – das Wort in einer Zeit rückläufiger Migration – zugestimmt haben. Die Witwe Irmgard Braun-Lübcke hat, wie ich finde, die richtigen Worte dazu gefunden.<sup>20</sup> Danke dafür!

---

<sup>18</sup> Marietta, M., Farley, T., Cote, T., & Murphy, P. (2017, July). The rhetorical psychology of trumpism: threat, absolutism, and the absolutist threat. In *The Forum* (Vol. 15, No. 2, pp. 313-332). De Gruyter.

<sup>19</sup> <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/einstellungen-zur-integration-in-der-deutschen-bevoelkerung-2021/>

<sup>20</sup> <https://www.hessenschau.de/politik/witwe-von-walter-luebcke-kritisiert-friedrich-merz-sehr-befremdet-v4,merz-aeusserung-walter-luebcke-100.html>

## **Die Frage drängt sich auf: Was machen wir nun mit dem Impuls?**

Wieder auf die Straße gehen, ist eine Option, die viele wahrgenommen haben. Die Enthüllung fordert vielleicht zu mehr auf. Erstens, gilt es, in diesen Zeiten, die durch den neueren historischen internationalen Rechtsruck und seine Machtfantasien geprägt sind, den unabhängigen und kritischen Journalismus zu stärken. Die parallelen Nachrichtenwelten sind immens und sie führen einen globalen Krieg um eine wichtige demokratische Ressource: die Information.

Zweitens: Mit dem Blick auf die Potsdamer Pläne gilt es noch mehr, zivile und anständige Räume zu schaffen. Der Philosoph Avishai Margalit verweist darauf, dass es bei der Würde auf den Anstand ankommt.<sup>21</sup> Es gilt Räume zu schaffen, in denen die Würde garantiert wird und nicht von jenen erarbeitet werden muss, deren Würde angetastet wird. Die Potsdamer Hotelräume und Gäste waren nicht nur extremistisch, weil die Grundwerte der Demokratie ausgehebelt werden sollten, sondern unanständig. Kassel kann eine würdevolle Stadt sein.

Das heißt drittens dann auch, dass angesichts der Milliarden, die gerade jongliert werden, die Frage zu stellen ist, wie und wo sie die Demokratie stärken. Das ist nicht einfach, wenn die Beobachtung berücksichtigt wird, dass jene, denen es persönlich gar nicht so schlecht geht, meinen, pünktliche Züge, breite Straßen und mehr Polizei würden irgendwie Demokratievertrauen wiederherstellen.

Die Wehrhaftigkeit der Demokratie ist an vielen Stellen eingebrochen, wie ich vielleicht begründen konnte. Der Kasseler Demokratie-Impuls ist ein Impuls für uns alle. Lassen wir ihn wirken als Ruck, loszugehen.

Kassel, 22.März 2025

---

<sup>21</sup> Margalit, A. (2012). Politik der Würde: Über Achtung und Verachtung. Berlin: Suhrkamp.